

Die private Pflege zu Hause unterstützen

Kanton Luzern: Session des Kantonsrats

Wer im Kanton Luzern unentgeltlich Angehörige und Bekannte pflegt, soll unterstützt werden, aber nicht mit Steuergeschenken. Der Kantonsrat hat den Regierungsrat beauftragt, einen Gegenvorschlag zu einer Initiative der CVP auszuarbeiten. Diese unterstützte das Vorgehen.

Die «Privatpflege- und Betreuungsinitiative» will das freiwillige soziale Engagement stärken. Wer unentgeltlich Bedürftige pflegt und betreut, soll 5000 Franken vom steuerbaren Einkommen abziehen können. Die CVP geht davon aus, dass damit mehr Personen bereit sein könnten, Hilfsbedürftige zu unterstützen. Diese könnten damit länger zu Hause bleiben, und die öffentliche Hand könnte Ausgaben sparen, sagte Hans Lipp (CVP, Flühl) am Montag im Kantonsrat.

Steuererleichterung falscher Weg
Der Regierungsrat lehnte das Volksbegehren ab. Wichtiger als Steuererleichterungen seien für die Freiwilligen Beratungs- und Entlastungsangebote. Die übrige Freiwilligenarbeit, etwa zugunsten von Jugendlichen, würde steuerlich benachteiligt. Zudem seien Steuerabzüge wenig effizient und wenig transparent.

Die kantonsrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (Wak) lehnte die Initiative ebenfalls ab. Weil sie aber ein relevantes Thema aufgreife, beantragte sie dem Kantonsrat, die Vorlage an den Regierungsrat mit dem Auftrag zurückzuweisen, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Der Kantonsrat stützte dies gegen die Stimmen der GLP.

Der Gegenvorschlag soll eine Unterstützung denjenigen zusichern, die Verwandte und Bekannte unentgeltlich pflegen. Es solle sich aber nicht um Steuererleichterungen handeln. Offengelassen wurde, ob es sich um eine finanzielle oder sonstige Unterstützung handeln solle, und ob der Kanton dafür aufkommen müsse. Zudem solle die Luzerner Lösung eine Ergänzung zur angekündigten Regelung des Bundes sein.

CVP schwenkt ein

Der CVP-Sprecher sagte, seine Fraktion stimme dem von der Wak vorgezeichneten Weg zu. Ob die Gesetzesinitiative zurückgezogen werde, entscheide die CVP dann, wenn der Gegenvorschlag vorliege.

Fast alle anderen Fraktionen waren auch für einen Gegenvorschlag. Der gutgemeinte Initiativtext sei unausgeformt, sagte Heidi Scherer (FDP, Meggen). Daniel Keller (SVP, Udligenswil) erklärte, es gebe keinen Grund, das komplizierte Steuersystem zusätzlich zu komplizieren.

Hauptkritik des Parlaments war, dass ein Steuerabzug gerade Personen mit tiefen Einkommen oder Teilzeitarbeitenden nichts bringen würde. Simone Brunner (SP, Luzern) sag-



Wer Angehörige und Bekannte pflegt, soll unterstützt werden, aber nicht mit Steuergeschenken, wie die Initiative der CVP dies will. Der Kantonsrat verlangt von der Regierung, dass sie einen Gegenvorschlag auszuarbeitet. [Bild key/sda]

te, eine Steuererleichterung sei keine Entlastung der physisch und psychisch belasteten Pflegenden.

Samuel Zbinden (Grüne, Sursee) unterstützte die Idee eines Gegenvorschlags, er kritisierte die Wak aber dafür, dass sie die Unterstützung auf das Volumen beschränken wolle, die die CVP-Initiative vorsieht. Es geht dabei um rund 10 Millionen Franken.

Einzig die GLP war sowohl gegen die Initiative als auch gegen einen Gegenvorschlag. Ursula Berset (GLP, Buchrain) sagte, es wäre besser, zu-

nächst die Bundeslösung abzuwarten. Falls es dann noch eine Lücke gebe, könne noch immer eine Partei aktiv werden. [sda/EA]

Psychiatrieversorgung verbessern

Die Psychiatrieversorgung im Kanton Luzern ist teilweise am Anschlag. Der Regierungsrat will diese mit vier Massnahmen verbessern und dafür 3,75 Millionen Franken jährlich aufwerfen.

30 Prozent der Luzernerinnen und Luzerner, die sich in einer psychiatrischen Klinik behandeln lassen, tun das ausserkantonal. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht zur Versorgungssituation, aufgrund dessen die Kantonsregierung Massnahmen definierte, die sie am Dienstag in die Vernehmlassung schickte. Die Auslastung der Behandlungsangebote in Luzern sei hoch, die Betten zu 100 Prozent belegt, Wartezeiten in Ambulatorium sehr lang. Freipraktizierende Psychiater und Psychologinnen seien stark ausgelastet, heisst es im Bericht.

Im Bericht ist von 32 zusätzlichen therapeutischen Vollzeitstellen die Rede. Der Ausbau sei wegen fehlender Fachkräfte aber über rund drei Jahre zu realisieren. 17 zusätzliche Vollzeit-Fachstellen braucht es zudem, um die Fachsprechstunden in der Kinder- und Jugendpsychiatrie auszubauen. [sda]

Guido Graf weist Kritik an Contact Tracing zurück

Kanton Luzern: Session des Kantonsrats

Der Luzerner Gesundheitsdirektor Guido Graf (CVP) hat am Dienstag empfindlich auf Kritik aus dem Kantonsrat zum Contact Tracing reagiert. Er appellierte an die Eigenverantwortung und erklärte, dass das Contact Tracing nicht das grosse Problem sei.

Coronavirus-Fälle plötzlich rasant gestiegen sei. Mit den damals vorhandenen 550 Stellenprozenten habe der Anstieg nicht bewältigt werden können. Luzern habe aber innerhalb von vier Wochen das Contact-Tracing-Team auf 40 Personen hochgefahren. Zudem investiere Luzern viel in die Digitalisierung der Prozesse.

«Stärnecheib!»

Graf appellierte mit einem «Stärnecheib!» auch an die Selbstverantwortung. Wenn jemand wisse, dass er positiv getestet sei, wisse er auch, dass er zu Hause bleiben müsse. Trotzdem werde bisweilen erwartet, dass dann noch jemand vom Kanton anrufe. «Wir sind auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen», sagte Graf. Die positiv Getesteten müssten ihre Kontaktpersonen lückenlos angeben.

Graf sagte auch, dass für ihn nicht das Contact Tracing das Problem sei. Das Problem seien die vielen Todesfälle, die die Alters- und Pflegeheime, die am Anschlag seien. Das beschäftige ihn, er schlafe zurzeit sehr schlecht. Er verstehe die im Kantonsrat geäußerte Kritik am Contact Tracing nicht. «Steine werfen kann jeder». [sda/EA]

Der Kantonsrat diskutierte das Contact Tracing wegen einer Anfrage von Michael Ledegerber (SP, Luzern). Etliche Parlamentarier nutzten die Gelegenheit, um über negative Erfahrungen, das heisst über verzögerte Benachrichtigungen, zu berichten.

Der Kanton Luzern hat Ende Oktober das Contact Tracing von der Lungengena Zentralschweiz zurückgenommen und führt dieses seither in Eigenregie. Die Lungengena sei «etwas ins Schwimmen» geraten, sagte Graf. Es sei zu Verzögerungen gekommen, weil es den Kanton Schwyz stark erwischt und dies viele Ressourcen gebunden habe. Graf wies darauf hin, dass die Zahl der

Im Weiteren hat der Kantonsrat...

... ein Postulat von Bernhard Steiner (SVP, Entlebuch) über Gebäudefassaden und Dächer als Quelle für Gewässerverschmutzung überwiesen. Es soll geprüft werden, ob in stark besiedelten Gebieten die Wasserqualität der Gewässer und des Grundwassers durch die Ausschwemmung von wasserlöslichen Bioziden und Dächern gefährdet wird.

... ein Postulat von Monique Frey (Grüne, Emmen) abgelehnt; sie forderte, dass auf der Seebücke in Luzern in beiden Richtungen je eine Fahrspur geschaffen werde, die von Bussen und Velos gemeinsam genutzt werden könne.

... ein Postulat von Patrick Hauser (FDP, Luzern) überwiesen; der Kanton Luzern soll dafür sorgen, dass es in der Führung von Organisationen des öffentlichen Verkehrs nicht zu personellen Verquickungen kommt.

... eine Motion von Damian Hunziker (FDP, Luzern) abgelehnt, welche die 1892 eingeführte Lustbarkeitssteuer abschaffen wollte. Somit dürfen im Kanton Luzern die Gemeinden weiterhin auf Billets für Kultur- und Sportveranstaltungen eine Steuer erheben (siehe Seite 6).

... eine Motion von Yvonne Zemp (SP) überwiesen, welche Radrouten abseits der Hauptverkehrsstrassen und eine Anpassung des Radrouthenkonzepts von 1994 verlangt.

... eine Motion von Thomas Meier (FDP, Schenkon) überwiesen, welche verlangt, die Konzessionsgebühr auf der Entnahme von Grundwasserwärme zu streichen.

... ein Postulat von Roger Zurbriggen (CVP, Neuenkirch) teilweise überwiesen. Der Kanton Luzern soll Gemeinden und Anwohner stärker miteinbeziehen, wenn er grosse und komplexe Projekte plant. [sda/EA]

eindrücke aus dem Kantonsrat

Spürbare Solidarität



... von Kantonsrat Guido Roos, CVP, Wolhusen

In unserer Region pflegen viele Menschen – meist Frauen – Personen in der eigenen Familie oder der Nachbarschaft. Sie machen dies meistens unentgeltlich und über eine längere Zeit. Und auf der anderen Seite stellen wir fest, dass in unserem Land die Gesundheitskosten ständig steigen. Wir von der CVP hatten darum letztes Jahr eine Initiative eingereicht, damit Menschen, die ihre hilfsbedürftigen Angehörigen oder Nachbarn pflegen, finanziell unterstützt werden beziehungsweise einen massgeblichen Betrag bei den Steuern abziehen können.

Die Luzerner Regierung hatte diesen Frühling zu unserer Initiative Stellung bezogen. Die freiwillige Betreuung hilfsbedürftiger Menschen sei «wertvoll» und verdiene «grosse Anerkennung». Unsere geforderte Lösung würde jedoch das Steuersystem verkomplizieren und falsche Anreize setzen. Zudem plane auch der Bund etwas in diese Richtung. Die Regierung empfahl dem Kantonsrat, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Der Kantonsrat sah dies zum Glück anders. Fast alle Redner fanden, die Initiative nehme ein sehr wichtiges Anliegen auf. Mit sehr grosser Mehrheit hat der Kantonsrat der Regierung den Auftrag gegeben, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, welcher das Kernanliegen aufnimmt. Für mich war es eindrücklich zu spüren, dass eine so grosse Anzahl Kantonsräte damit auch Ja zu einer solidarischen Gesellschaft gesagt hat.

Solidarisch mit Unternehmen

Um Solidarität ging es auch beim Thema «Härtefallmassnahmen für Luzerner Unternehmen». Aufgrund der Corona-Pandemie leiden zahlreiche Unternehmen stark. Einige sind akut in ihrer Existenz bedroht. Der Bund hat den Kantonen für diese Fälle Gelder zugesichert, sofern der Kanton sich auch beteiligt. In einer Rekordzeit hatte Finanzdirektor Reto Wyss zusammen mit seinem Team die Grundlagen erarbeitet, dass wir an dieser Session die rechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung schaffen konnten.

Diskutiert wurden im Rat die konkreten Details: Genügen 25 Millionen Franken, geht es nicht noch schneller, sollen es primär Bürgschaften sein und sollen auch Klein-Unternehmen Hilfe erhalten? Der Kantonsrat hat sich klar dafür ausgesprochen, dass auch Klein-Unternehmen Unterstützung erhalten sollen. Ansonsten ist der Kantonsrat dem Vorschlag der Regierung gefolgt. Somit können ab Mitte Dezember notleidende Unternehmen beim Kanton Luzern ein Gesuch um Unterstützung einreichen.

Das Verhalten der SP bei diesem Geschäft hat mich überrascht. Jahrelang hatten die SP-Vertreter die Unternehmer schlecht geredet. Diese seien nur an kurzfristigen Gewinnen interessiert, würden Mitarbeitende ausnützen und seien am Gemeinwohl unserer Gesellschaft nicht interessiert. Auf diese Session hin hatte die SP eine 180-Grad-Wendung gemacht. Sie wollte die Wirtschaft im grossen Stil unterstützen und fand, Bürgschaften seien das falsche Mittel.

Gewässerräume, Jungwald

Die Ausschreibung von Gewässerräumen hatte in den vergangenen Monaten in einigen Gemeinden für

hitzige Diskussionen gesorgt. Der Kanton Luzern muss diese Vorgabe vom Bund umsetzen. Allerdings gehen die Vorstellungen der Fachleute vom Kanton Luzern zur Umsetzung dieser Aufgabe unserer Ansicht nach deutlich zu weit. Die vorgesehene Umsetzung würde für zahlreiche Landwirte zu starken Einschränkungen führen. Um diese Einschränkungen verringern zu können, hatte die vorbereitende Kommission unter Leitung von Kantonsrat Pius Kaufmann aus Wiggen einen Antrag ausgearbeitet. Dieser fordert, dass der Kanton Luzern nur die minimalen Vorgaben vom Bund umsetzt. Dank guter Vorarbeit und treffenden Argumenten hat eine Mehrheit des Kantonsrates diesem Antrag zugestimmt.

Mit einem Vorstoss hatte Kantonsrat Ludwig Peyer aus Willisau gefordert, dass der Kanton Luzern mehr Geld für die Pflege des Jungwaldes und die Unterstützung der Schlagräumung zugunsten der Naturverjüngung im Wald spricht. Dank solidarischen Unterstützern aus fast allen Parteien fanden wir schlussendlich eine knappe Mehrheit von drei Stimmen. Die Regierung muss dies nun umsetzen.

Dies war nun die letzte Session in der Messe auf der Luzerner Allmend. Die Januar-Session wird in der Stadthalle Sursee stattfinden. –An der vergangenen Session habe ich den Eindruck gewonnen, dass Solidarität zum Glück wieder an Bedeutung gewinnt. Ich hoffe, dass dies auch nach der Adventszeit und nach dem Überstehen der Pandemie Corona noch so ist.

«Eindrücke aus dem Kantonsrat» – unter diesem Titel äussern sich die Mitglieder aus unserer Region im Anschluss an die Sessions des Kantonsparlaments. Gastautor der Januarsession ist Hans Lipp, CVP, Flühl.